
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 25/3 (1998)

DOI: 10.11588/fr.1998.3.61523

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

pas son organisation de jeunesse, même s'il a envisagé la création d'une FDJ, ne s'intéresse pas à la jeunesse car la politique reste selon lui une affaire d'adultes et ses préoccupations sont d'ordre strictement politique: mettre en place dans l'immédiat les structures lui permettant de prendre le pouvoir.

Les organisations de jeunesse subsistent avec leur spécificité, leur idéologie propre mais se fondent dans les »comités de jeunesse antifasciste« qui, à l'image des partis du »bloc antifasciste«, doivent être regroupées en un »comité central«, première de l'»unité« de la jeunesse.

Dans un premier temps, de ce fait, la FDJ est une organisation parmi d'autres et n'est pas appelée à jouer un rôle prépondérant. Dans un deuxième temps, la FDJ intègre deux réorientations, du KPD et des Soviétiques. L'attitude du KPD change fin 1945 en vue d'obtenir sous sa houlette la fusion des partis de la classe ouvrière et des organisations de jeunesse dans leur mouvance. Il se doit de rassembler autour de son nom et crée la FDJ pour étoffer ses effectifs et se constituer en une force capable d'en imposer. Elle devient alors une »courroie de transmission« et participe à la politique générale du parti, notamment sur le plan économique et social, thème mobilisateur pour la jeunesse. Puis l'URSS assure son autorité dans sa sphère d'influence en formant un front contre le plan Marshall et la fusion des zones occidentales (bizonie). Le SED change lui-aussi d'attitude, ne tolère plus le pluralisme (II^e congrès) et engage la FDJ à tous les niveaux de son organisation territoriale pour mener une action politique (propagande), éliminer les opposants et forger ses cadres.

Dans un troisième temps, la FDJ doit transcender la coupure qui s'amorce entre l'Est et l'Ouest, préfiguration de la création des deux États allemands, et parachever la suprématie du SED. Elle devient une »organisation de masse« (dans la tradition social-démocrate) et de cadres (dans le sens marxiste). De ce fait elle est intégrée au SED en faveur duquel elle joue un rôle d'activiste; elle recrute des jeunes non encore embrigadés ou les débauche des autres organisations de jeunesse car elle n'attire que 30% des jeunes; elle contribue à la réalisation des orientations du SED sur le plan économique pour favoriser l'instauration de l'économie planifiée (plan de deux ans) en redoublant d'énergie pour augmenter la productivité (III^e Parlement). Unitaire, elle est un élément constitutif de la dictature qui s'est imposée en abrogeant le pluralisme politique et la pluralité des organisations de jeunesse.

Le travail de Mähler est agréable à lire, bien structuré et documenté; il permet de côtoyer dès 1945 en zone ceux qui en 1989 étaient encore dans les rouages décisionnels de la RDA.

Jean-Luc SUSINI, Montpellier

Armin HEINEN, Saarjahre. Politik und Wirtschaft im Saarland 1945–1955, Stuttgart (Franz Steiner) 1996, 603 S. (Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft, Beiheft 19).

In seiner auf fundiertem Wissen gründenden Habilitationsschrift »Saarjahre« erzählt der Saarbrücker Historiker Armin Heinen den Werdegang des von Deutschland abgespaltenen Saarstaates. Am Anfang stand der eher unscharfe Wille der Franzosen, die reichen Kohlevorkommen des Saargebiets auszunutzen und Deutschland durch die Separation dieses Industriereviere zu schwächen. Das Fehlen einer klaren Konzeption und ein förmliches Gegeneinander von Pariser Behörden, Besatzungsinstitutionen in Baden-Baden und Saarbrücken sowie die Proteste der eifersüchtigen Lothringer ließen Frankreich in »die Abhängigkeit der saarländischen Peripherie« (S. 106) geraten und führten bald zu Schwierigkeiten. Die französische Saarpolitik war »das Werk einer alleingelassenen Bürokratie« (S. 105), die damit letztlich überfordert wurde. Als Frankreich in den fünfziger Jahren innenpolitisch labil war, Konjunkturkrisen das monoindustrielle Saargebiet in Mitleidenschaft zogen und die erstarkende junge Bundesrepublik an Attraktivität gewann, wurde für die Saarländer die Dominanz der Franzosen in Schlüsselpositionen von Wirtschaft und Verwaltung zum Ärgernis, zumal die französischen Investitionen nicht im gewünschten Umfang flossen. In

diesem Klima verlor die kooperationsbereite Hoffmann-Regierung zunehmend an Boden, während nationale Kräfte es leicht hatten, die angebliche Allmacht Frankreichs zu brandmarken. Da Paris in vieler Hinsicht nur begrenzte Konzessionen machen konnte und das von der sozial- und wirtschaftspolitisch durchaus erfolgreichen Saarregierung angestrebte vereinte Europa – unter anderem durch die Schuld Frankreichs – nicht zustande kam, führte der Weg der Saar zur Rückgliederung an Deutschland.

Gegen diese Sicht der Dinge sind erhebliche Vorbehalte anzumelden. Heinen nimmt keine Notiz von den völkerrechtlichen »Essentials« der Saarfrage: Das durch den Willen der französischen Besatzer entstandene Staatsgebilde war völkerrechtswidrig, da es einzig auf dem politischen Entschluß eines der Alliierten fußte; das Deutsche Reich bestand jedoch nach Lesart der Westmächte in den Grenzen von 1937 fort. Um die Saar dem deutschen Einflußbereich zu entwinden, bedurfte Frankreich einheimischer Helfershelfer – und deren Bestreben war es weniger, den Darbenden Brot zu verschaffen, als die Rechnung mit dem diskreditierten Deutschland zu begleichen, das sie in die Emigration getrieben hatte. Lassen sich die Verschleierungsmanöver der neuen Elite bei den Landtagswahlen von 1947 angesichts des Vorliegens dokumentarischer Beweise mit dem zumindest übertreibenden Satz vergessen machen, »die Saarländer stimmten bewußt zugunsten der Autonomiebefürworter« (S. 99), schlossen mit ihnen einen »Pakt« (S. 338)? Die Militärregierung hatte dafür gesorgt, daß Hoffmann statt Koßmann die CVP beherrschte, Kirn statt Conrad die SPS und Radziewsky statt Kuhring die DPS! Es fehlten die demokratische Alternative und der spätere »Magnet« Bundesrepublik. Und gilt nicht für die französischen Verlockungen unter dem Damoklesschwert möglicher Demontagen und mit dem Köder zusätzlicher Lebensmittelrationen der Satz von Lessings »Emilia Galotti«: »Verführung ist die wahre Gewalt«? Unter diesen Umständen den mangelnden Mut von Hochkommissar Grandval zur Bestätigung der »Autonomie« durch ein Referendum zu beklagen (S. 559), heißt den Manipulationscharakter dieser Institution in Krisenzeiten verkennen.

Daher kann kaum ernsthaft davon gesprochen werden, Paris sei von Saarbrücken »abhängig« geworden: die Fakten bezeugen die französische Präponderanz und widerlegen auch die Ansicht Heinens, die Besatzungsmacht habe zu wenig Interesse an der Saar gehabt – diese war schließlich wichtig genug, um bis 1955 erbittert gegen deutsche Revisionsansprüche verteidigt zu werden! Das Erklärungsmodell einer Bürokratie im instruktionsfreien Raum erinnert an Martin Broszats und Hans Mommsens Auslegung der nationalsozialistischen Diktatur als verwirrende »Polykratie der Ressorts« – und unterschätzt den energischen Willen zur Behauptung des Saargebiets. Am 23.10.1955 entschieden die Saarländer mit heißem Herzen und – auch – materiellem Verstand, aber nicht über die unzureichende Effizienz einer Bürokratie (S. 296f.)! Damit wird die bei Bevorzugung unterschiedlicher Wege von der gemeinsamen Entschlossenheit aller Verantwortlichen zur Abspaltung der Saar von Deutschland charakterisierte, eminent politische Dimension dieses Problems mißachtet.

Daß die Saarregierung nicht aus Altruismus handelte, sondern aus politischem Kalkül, zeigt ihre ganz freiwillige undemokratische Praxis, über die nicht einfach hinweggegangen werden kann. Sie ließ weder Pressefreiheit zu noch gewährte sie ohne weiteres das Recht zur Gründung von Parteien und benachteiligte politische Gegner beruflich nach Kräften – bis hin zur Ausweisung. Wer sich nicht zur unsäglichen Präambel der Saarverfassung bekannte, die die Trennung von Deutschland und den Wirtschaftsanschluß an Frankreich zur völkerrechtswidrigen Staatsraison erhob, der hatte seine Menschenrechte verwirkt. Dies der äußeren und inneren Anfeindung des »Staates« in einer Zeit autoritärer Demokratie und Reminiszenzen an den Nationalsozialismus exkulperend zuzuschreiben (S. 227ff., 559), ist ein allzu wohlfeiles Unterfangen. Mithin kann Heinen nicht gefolgt werden, wenn er für die tragenden Kräfte eines wenig demokratischen und völkerrechtlich nicht legitimierten Herrschaftssystems auf saarländischem Boden gewissermaßen Normalität einklagt.

Sicherlich waren Hoffmann und seine Mitarbeiter keine »Franzosenknechte«; das Ziel des Ministerpräsidenten bestand darin, eine Autonomie in Äquidistanz zu Deutschland und Frankreich zu erreichen – allerdings nicht so sehr im Sinne Europas, sondern als unangefochtener Staatschef eines neuen Duodezfürstentums. Es erstaunt, wie etatistisch die Perspektive Heinens ist, der sich fast ausschließlich der Sicht der Hoffmann-Regierung widmet und ihrer propagandistisch-unredlichen Europaseligkeit unbesehen glaubt, den couragierten Opponenten als Anwälten der saarländischen »volonté générale« aber bestenfalls ein gelegentliches und dann eher abschätziges Wort gönnt.

Die Saar blieb »auf Frankreich als Schutzmacht« nicht deshalb »angewiesen«, weil ihr keine internationale Anerkennung widerfuhr (S. 176), sondern weil sie keine wirkliche Unabhängigkeit besaß. Die Fragestellung muß doch eher lauten: Bis zu welchem Grad reichte die Handlungsautonomie der letztlich von der deutschen Politik und Publizistik weitgehend verfernten Regierung Hoffmann angesichts der französischen Omnipräsenz an der Saar? Wie ist das Verhältnis von Macht und Moral in ihrem Wirken zu beurteilen?

Der Vf. ist um eine Gesamtdarstellung der »Saarjahre« bemüht. Das leistet er in mancher Beziehung, aber nicht in dem von ihm anvisierten Umfang: Sein Postulat, die Wirtschaft sei der – primär zu beleuchtende – Kernpunkt der Saarfrage gewesen, ist höchst anfechtbar. Gewiß sind Kohle und Stahl zentrale Bestandteile dieses internationalen Streitfalles Saar, doch Europa- und Sicherheitspolitik, öffentliche Meinung, Parteieinflüsse und Kultur stellen weitere wichtige Faktoren dar, die in einer grundlegenden Monographie über das Saarproblem nicht stiefmütterlich behandelt werden sollten. Unerörtert bleibt auch die politische Strategie der profranzösischen und erst recht der prodeutschen Parteien.

Heinens Buch hat nicht zufällig dort seine stärksten Seiten, wo es den Konflikten zwischen Franzosen und Saarländern nachgeht – von der Mitsprache im so entscheidenden ökonomischen Sektor (Streit um Marshallplan-Mittel und Warndt-Ausbeutung, Bedarf nach westdeutschen Konsumgütern und Investitionen etc.) über kulturelle Unterschiede bis hin zur Regelung des Reiseverkehrs mit der Bundesrepublik. Einige Überlegungen sind aber auch in seinem beeindruckend beherrschten Spezialgebiet Ökonomie kritisch zu prüfen: Förderte Paris nicht eben doch vor allem diejenigen Industriebereiche – zuvörderst die Gruben –, die es für seinen eigenen Aufschwung benötigte? Heinens Relativierungsversuche bis hin zur These, es sei für Frankreich zumindest anfangs ein »Zuschußgeschäft« gewesen (S. 169f.), sind spekulativ. Die verbesserten Konventionen vom Mai 1953 waren keineswegs so befriedigend, wie die Darstellung es nahelegt (S. 425ff.) – sonst hätten die hastigen Wirtschaftsvereinbarungen vom Mai 1955 nicht noch immer in unzureichender Form der Eigenständigkeit der Saar Rechnung getragen, wie der Autor selbst hervorhebt (S. 468ff.)! Heinen zieht hier die zutreffende Folgerung, daß Frankreich kein Interesse an einer Wirtschaftsunion mit einer gleichberechtigten Saar hatte. Was das für die Zukunftsträchtigkeit des Autonomieprojekts Saarland bedeutet, sagt er nicht.

Das Buch wendet sich an Wissenschaftler und breitere Schichten. Vom Stil her eher schlicht statt von integrierender Gediegenheit, mit einem breiten wissenschaftlichen Apparat, der den Durchschnittsleser überfordert, mit zahlreichen Zitaten in englischer und französischer Sprache sowie vielen eher verkomplizierenden statt auflockernden wirtschaftlichen Graphiken konterkariert der Vf. seine ambitionierte Intention vielfältiger Verwendbarkeit.

Indem Heinen schreibt: »Man mochte es drehen und wenden wie man wollte: glücklich war die Partnerschaft mit Paris nicht« (S. 342), drückt er eine fundamentale Erkenntnis aus. Die wirklichen Gründe für dieses Scheitern gehen aus seiner Darstellung indes nur zum Teil hervor. Die Ära von 1945–1955 im Widerspruch zu eigener ansatzweiser Kritik als »Höhepunkt« (S. 553) der saarländischen Geschichte begreifen zu wollen, ist Ausdruck eines reduktionistischen Geschichtsverständnisses, das ökonomische Daten zum Nukleus der Dinge verklärt.

Herbert ELZER, Andernach